

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIEZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg



Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19130926

Rechteinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo.

Anzeigen die siebengefaltete Beitzelle oder deren Raum 40 A. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 20 A. Anzeigen-Annahme Gehaltsfr. 11. Erdgesch. (bis 5 Uhr nachmittags). in den Bükalen, sowie in allen Annoncen-Bureaus, Plak- und Datenvermittlungen ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden aber gratis noch gegen Entgelt angenommen. Buchhaltung: Erdgesch., Buchdrucker-Kontor: 1. Stad. Rehdorfer 11.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersen in Hamburg.

Filialen:

Rekord der Kriegsheterei.

Soeben hat die deutsche Regierung einen General desavouie-

Wähler des 1. Hamburger Wahlkreises!

Sichere sich jeder sein Wahlrecht!

Ueberzeuge sich jeder, ob sein Name in der Liste enthalten ist. Wer fehlt, lasse sich nachtragen!

So fällt den herrschenden Klassen Deutschlands der traurige Ruhm zu, in der Kriegeheerei einen Rekord erreicht zu haben, unter dem die andern Länder weit zurückbleiben.

Es ist schon häufig dagewesen, daß die historische Entwicklung der Dinge gerade den Urheber eines solchen Treibens, ihnen untermiethet, seine fürchterlichen Klaps verjagt hat. Ganz unwillkürlich naht sich die Parallele mit 1806. Wir wünschen Deutschland gewiß kein solches Unglück und ziehen seine Befreiung von innen heraus vor; wenn es aber durch solche Kriegsheerei einmal ins Unglück geraten sollte, dann hat es hoffentlich Verstand und Energie genug, um sich der Urheber gründlich und auf immer zu entgelten.

Politische Uebersicht.

„Die Vereinigung nenne ich ein Kartell der schaffenden Stände, eigentlich hätte sie sich ein Kartell der jagbar-macherischen Stände nennen müssen. Für die christlich-nationale Arbeiterbewegung sei diese Verbrüderung außerordentlich betrieblid. Man könne aus der Leipziger Tagung herauslesen, daß sich die drei Interessengruppenbände zusammenfinden hätten, möglichst hohe Lebensmittelpreise einzuführen, um die Arbeiterbewegung und die Arbeiter-unterbewegung zu unterdrücken. Tagungen mühten sich, die Arbeiter sich aus zusammenschließen, um diese Arbeiter nicht energisch abzuwehren. Man müße zwar zunächst abwarten, wie sich die Dinge abspielen, jedoch, doch machte das Zusammengehen des Zentralverbandes mit der Leipziger und des Bundes der Landwirte zur Notwendigkeit. Im Jahre 1900 hätten die Vertreter der Arbeiterschaft (das heißt der Christlichen, des „Echo“) im Reichstag an dem Zustandekommen des Zolltarifs mitgewirkt (Gelehrter Mediation des „Echo“) und den Arbeitern draußen im Lande die Notwendigkeit der Wahrungsmittel gemacht; es sei ein Zeichen der Unabständigkeit, wenn die Landwirte jetzt dem Zentralverband folgen wollten. Zolltarif und Handelsvertragspolitik mühten so gestaltet werden, daß den Arbeitern das Leben nicht allzu teuer werde. Was man dann weiter in Leipzig unter Arbeiterschaft verstanden wissen wolle, sei nichts weiter als eine Anbelagerung der Gewerkschaften, die gebündelt werden sollten, durch einen Streik einen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben. Wahrscheinlich werde noch ein

Die Christlichen sehen wieder, daß sie von den Schmarjadern mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen werden, sobald sie ernstlich beginnen, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Die Konsequenz der Worte Wiesbars sollte sein, daß die Christlichen im Kampfe gegen die Scharmadern sich mit den freien Gewerkschaften verbinden. Das erfordert um so nötiger, als die Scharmadern in Zukunft alle Mitten gegen die organisierte Arbeiterchaft werden springen lassen. Es wurde nicht das „Partei der Scharmaderns Stämme“ gegründet, sondern die Schamaler der Scharmadern, die Geschäftsführer der deutschen Arbeitervereine, welche bereits für die kommenden Kämpfe geübt worden. Sie tagten in den letzten Tagen in Jena und beschäftigten sich eingehend mit der Baskottfrage und mit andern einschlägigen Themen. Wahre Berichte fehlen bis jetzt. Aber sicher ist, daß die Verhandlungen nicht im Interesse der Arbeiter geführt werden.

Die Lebensmittelverteurer am Werk.

Die Polizei als „Berufsvormund“.

Jakob, der Letzte.

Eine Waldbauerngeschichte aus unseren Tagen

[34]

Peter Rosegger.

Fürs Vaterland.

„Mitte im Sommer war's, als wir einmal nach Altenmoos
Besuch kam, die Leute jollen Stroh und Hafer ließen nach
Rebau für durchzunehmendes Militär.“
Die Leute in Altenmoos? Das war der Reuthofer. Die
jungen andern hatten weder Stroh noch Hafer. Nun, der Jakob
kamte Hafer ein und schleppte den verlangten Hafer und einen
Stroh hinaus. Das Stroh war den Herren zu wenig;
der Jakob jagte, er habe nicht mehr, das andere stünde noch in
Almen auf dem Feld. Wenn sie darauf warten wollten!

Dem Feind entgegenzichen,

Freiungen des sozialdemokratischen Alltagsgefühls. Dann heißt es: „Das Gebiet, das der Polizei unterstellt ist, dürfte groß genug sein, um die Polizei zu überlegen, um ihre volle Kraft in Anspruch zu nehmen. Das Überlegen auf neue Gebiete, vor allem in persönliche Rechte, ist nicht vorhanden. Stellung vor Persönlichkeit des Mitmenschen ist das erste Gebot der staatlichen Gemeinschaft und gilt auch für die Polizei.“

Diese Meinung vor der Persönlichkeit des Menschen geht der angeblich „staatsverhaltenden“ Polizei völlig ab, wenn sie glaubt, den „Mitteln“ in irgendeiner Form befehlen zu müssen. Wo sie ein Mittel gefunden zu haben glaubt, um die Tätigkeit der Sozialdemokratie zu hindern, mag sie sich auch auf dem Gebiet allgemeiner Kulturbildung bewegen, das wird es angewendet. Und selbst ist es sehr selten, daß sich gegen diese unerhörte Bevormundung, wenn sie sich gegen Sozialdemokraten richtet, einmal ein Protest aus bürgerlichen Kreisen regt.

Die Strafrechtskommission.

Die den Vorentwurf zum neuen Strafrechtsgesetz ausgearbeitet hat, wird am Sonntag dieser Woche ihre letzte Sitzung abhalten. Damit ist der Strafrechtsentwurf aber noch lange nicht fertig. Der Entwurf ist noch in der Beratung der Kommission. Die Bundesregierung hat den Vorentwurf zur Stellungnahme an alle Bundesländer geschickt. Nach längerer Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Auffassung des Entwurfs ist zum neuen Strafrechtsgesetz am engsten erzielbar, wenn der eigentliche Strafrechtsentwurf in seinen Grundzügen feststeht. Schließlich müssen auch „Motive“ zum neuen Strafrechtsgesetz ausgearbeitet werden, deren Aufstellung noch zur Voraussetzung hat, daß die Grundzüge der Bestimmungen des Strafrechts fertiggestellt sind. Es wird also wohl noch recht lange dauern, ehe sich der Reichstag mit der notwendigen Strafrechtsreform befassen kann.

Ermittlung der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung.

Gegenwärtig finden in allen Bundesstaaten Erhebungen über die landwirtschaftliche Bodenbenutzung statt, für die der Bundesrat die Einzelheiten festgelegt hat. Im Juni sind Erhebungen über die Hauptnutzung des Ackerlandes vorangegangen; die gegenwärtigen erheben sich auf die Nebenbenutzung. Die Bedeutung der diesjährigen Ermittlungen besteht darin, daß einmal im Hinblick auf die wachsende Bedeutung der landwirtschaftlichen Güter eine eingehendere Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erreicht werden soll, und daß fernerhin die Zahlung der Steuern auf Grundbesitz erweitert wird, indem sie auf die Wälder, Wiesen, Weiden und Wälder ausgedehnt wird. Auch das Spätere, und die in Zukunft wird bei der Zahlung berücksichtigt. Die jetzt in größerem Maßstab in Angriff genommene Moorakultivierung ist die Ursache, daß bei den bevorstehenden Ermittlungen auch die Flächen der ungenutzten Moore festzustellen sind, für die gegenwärtig eine sichere Statistik nicht vorhanden ist; da sie mit dem Ozean und Land zusammenhängen, sind daher sollen die Moore diesmal besonders nachgewiesen werden. Im Zusammenhang mit der Ermittlung des Ackerlandes der Forsten werden auch Erhebungen über den Bestand der Forsten, die Bestände und Betriebsarten der Forsten vorgenommen. Nach einem Bundesratsbeschluss vom Jahre 1896 sollten derartige Ermittlungen zum ersten Male im Jahre 1900 und dann weiterhin von 10 zu 10 Jahren stattfinden. Die zweite Ermittlung der Bodenbenutzung, die 1903 hätte stattfinden müssen, wurde mit Rücksicht auf die Vorbereitungen zu den Handelsverträgen im Jahre 1900 veranlaßt. Es hat mithin seit 13 Jahren keine derartige Ermittlung mehr stattgefunden.

Deutschlands Erfolge im Weltmarkt.

Nach der Statistik über den Weltmarkt im vergangenen Jahre nimmt Deutschland wiederum wie seit langem unter den wichtigsten Handelsländern die zweite Stelle ein. Es wird im Jahre 1912 nur noch von Großbritannien um 1,1 Milliarden Mark übertraffen, ist aber keineswegs dem dritten größten Handelslande, den Vereinigten Staaten, um 5,1 Milliarden Mark überlegen. Ein- und Ausfuhr der drei Länder zeigen seit 1900 folgende Entwicklung: Die Einfuhr Großbritanniens stieg von 10,7 auf 15,2 Milliarden, Zunahme 42 pzt., Deutschlands von 6,1 auf 11,6 Milliarden, Zunahme 90 pzt., der Vereinigten Staaten von 3,5 auf 6,9 Milliarden, Zunahme 97 pzt. Die Ausfuhr Großbritanniens stieg von 7,2 auf 12,2 Milliarden, Zunahme 69 pzt., Deutschlands von 5 auf 9,7 Milliarden, Zunahme 94 pzt., der Vereinigten Staaten von 5,9 auf 9,3 Milliarden, Zunahme 58 pzt. Deutschland und Großbritannien haben also, wie die meisten Ausfuhranten, eine so genannte positive, die Vereinigten Staaten eine aktive Handelsbilanz. Von den elf wichtigsten Handelsländern haben nur noch Japan und Britisch-Indien einen Ausfuhrüberschuss aufzuweisen.

Während der britische Gesamtmarkt seit 1890 sich um 79 pzt. der Vereinigten Staaten um 135 pzt. gehoben hat, weist Deutschland in der gleichen Zeit eine Zunahme von 160 pzt. auf. Es hat seit langem Frankreich überflügelt, das früher im Weltmarkt die zweite Stelle einnahm, jetzt aber hinter Deutschland und den Vereinigten Staaten zurückgefallen. Der Vorprung, den der britische Anteil am Weltmarkt vor dem deutschen gehabt hat, ist im Laufe der Jahre immer geringer geworden. Seit 1890 ist der Anteil Deutschlands von 10,8 auf 12,5 pzt. im Weltmarkt gestiegen, während derjenige von Großbritannien von 20,2 auf 16,4 zurückgegangen ist. Die Vereinigten Staaten zeigen eine nur geringe Zunahme, während Frankreich, das nach 1890 an zweiter Stelle stand, seine frühere Bedeutung immer mehr einbüßt. Frankreichs Anteil am Gesamtmarkt betrug nach 11 pzt. ist aber inzwischen allmählich auf 9,3 zurückgegangen.

Auf das Jahr unsere Schatzkammer nach, daß die angeblich ununterbrochenen Kassen der Sozialpolitik Deutschland konfuzienunfähig machen! Eine größere Lage gibt es kaum.

Krupps Monopol.

Der „Kornwälder“-Prozess hat neben manchem andern auch das erwiesen, daß die Militärbeamten der Meinung waren, Krupp habe tatsächlich das Monopol für Geschützlieferungen und „Krupp und der Staat seien eins“. Zu dieser Ansicht hatten die Leute auch Grund genug, denn trotz aller Neben im Reichstag ist Krupps Monopol fast lückenlos. Und kommt einmal ein „Kornwälder“, der gefährlich werden könnte, so wird er „niedergetrieben“, wie es übrigens in der großkapitalistischen Entwicklung liegt. In der ersten Hälfte dieses Monats hat die „Frankf. Ztg.“, wie wir damals berichteten, eingehend dargelegt, durch welche Mittel kapitalistischer Machtausübung die seit 1890 neben Krupp bestehende zweite große Konzernfabrik, die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik A.-G. des Geheimen Ratkais Erhardt, in Düsseldorf, in ihrer Entwicklungsmöglichkeit gehindert wird: ein totpassender Block von Vorzugsaktionären hat in der letzten Generalversammlung alle Anträge niedergestimmt, die darauf gerichtet waren, der Rheinischen Metallwarenfabrik wieder zu einer finanziellen Bewegungsfreiheit zu verhelfen; die Gesellschaft wird in finanzieller Engherde gehalten, sie muß damit natürlich auch faktisch für immer unfähig bleiben. Das ist nicht im Interesse der so künftigen Aktionäre selbst liegt, ist klar; um so näher lag die Frage, in wessen Interesse ist es, daß die Göttinger eingenommen haben, und daran anknüpfend die Vermutung, ob nicht etwa die Firma Krupp es sei, die durch den Gewinn eines ausreichenden Vorrats von Aktien die Konkurrenz für sich beherrschen und niederhalten wolle. Die Firma Krupp hat auf sie an die gerichtete Frage weder vor der Veröffentlichung des Artikels noch nachher geantwortet. So darf sie sich deshalb nicht wundern, wenn die Vermutung, daß sie hinter jenen seltsamen Aktionären der Erhardt-Gesellschaft steht, in immer weiteren Kreisen Glauben findet. Auch die „Kornwälder“-Gibt jetzt Zuschriften Raum, die diese Machtausübung behandeln und fragen, ob etwa Erhardt vor Krupps Toren betteln gehen soll.

Aber von der Untersuchungskommission, die in das Verhältnis Krupps zum Reich hineinsehen soll, hört man noch immer nichts!

Uns Sozialdemokraten kann es natürlich an sich gleichgültig sein, wer die Wormaldungen liefert, ob Krupp oder Erhardt oder ein anderer. Aber wir haben ein Interesse daran, daß Aufklärung geschaffen wird über die Art, wie mit dem Reich Geschäfte gemacht werden und auf welche Weise einzelne sich ein Ziehungsmittel beschaffen und erhalten, das ihnen ermöglicht, heilige Preise für ihre Produkte festzusetzen. Daß sie ihre Stellung dann auch noch benutzen, um durch Kriegserklärungen und andere Mächte einen Mißbrauch zu erzeugen, der ihnen neue Aufträge bringt, ist eine weitere gefährliche Seite der bösen Sache.

Die „Freunde“ der Bauern.

Im Kreise „Pimpf“ in Schleien hat der Junfer, Amtsrat Hildebrandt, in kurzer Zeit 37 Vorträge gehalten und seinen Großgrundbesitz einverleibt. 3100 Morgen Bauerland sind dadurch in Junferbesitz übergegangen und zwei Dörfer aufgegeben worden. Wo selbständige Bauern lagen, wie in Knecht, haben die „Krieger“, jetzt ausländische Wanderarbeiter angelockt. Genau daselbe vollzieht die Herrschaft Heinrich in benachbarten Kreise Ministerberg, die viele Bauern aufgegeben und Bauern von mehr als hundertjähriger Selbstständigkeit aus ihrem Besitz entfernt hat. Die Agrarier werden diesmal die Ursachen nicht beschönigen können; denn die Mägen werden vom Verwalter Zentzenstallt beschönigt, das es überaus traurig findet, daß sein Verwalterparagraf dieses sozialdemokratische Liebel der Aufklärung verdrängt.

Der Knüttel als „geistige Waffe“.

Am Tage der preussischen Landtagswahl hatte sich der konservativ gestimmte Arbeiter Ratrat als Vorkämpfer (Kreis Weiden) Vorträgen nach einer Sitzung im Kreise auf den Arbeiter Streik, der als Sozialdemokrat bekannt war, gerichtet. Ihm einen wichtigen Schlag mit dem Stock auf den Kopf versetzt und dann wie ein wildes Tier auf den Mann, der blutend am Boden lag, eingeschlagen. Der Genosse hat an den Folgen längere Zeit krank gelegen. Die konservativ gestimmte Partei hat den Knüttel als „geistige Waffe“ bezeichnet. Die konservativ gestimmte Partei hat den Knüttel als „geistige Waffe“ bezeichnet. Die konservativ gestimmte Partei hat den Knüttel als „geistige Waffe“ bezeichnet.

Zur Landtagswahl in Baden.

Der engere Ausschuß der nationalliberalen Partei Badens veröffentlicht folgende Erklärung: „Nach dem mit der fortschrittlichen Volkspartei abgeschlossenen Abkommen ist im Bezirk Rastatt-Stadt der Kandidat dieser Partei schon im ersten Wahlgange durch die Nationalliberalen Partei zu unterstützen. Im Gegenzug dazu haben die nationalliberalen Vereine in Rastatt einen Kandidaten aufgestellt und halten an ihm fest. Dieser Kandidat kann daher nicht als Kandidat der Nationalliberalen Partei anerkannt werden. Wir fordern deshalb die Anhänger unserer Partei auf, ihre Stimmen dem Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei, Herrn Stadtrat Dr. Vogel, zu geben.“

Es fragt sich nun, ob die Nationalliberalen dieser Aufforderung Folge leisten. Sehr wahrscheinlich ist es nicht. Wenn aber der Nationalliberalen, entgegen dem Abkommen, gewählt wird, was wird die nationalliberale Partei Badens dann machen?

Die staatlichen Schulleistungen.

Vor einiger Zeit haben wir kurz angedeutet, in welcher traurigen Lage die Schulen in Baden — und nicht viel anders sieht es in dieser Beziehung in anderen Bundesstaaten — die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für höhere und für die Volksschulen stehen. Eine geradezu aufreißende Sprache reden aber die nachfolgenden Zahlen. Es folgte in Baden im Jahre 1910

ein Gymnasialist	M. 397,34
ein Realchüler	304,63
ein Bürgerchüler	275,73
eine höhere Tochter	198,60
ein Volksschüler aber nur	64,54

Die Schulbildung, welche der Gymnasialschüler genießt, ist also zehnmal so teuer wie die, welche dem Volksschüler angedeihen läßt. Noch stiefmütterlicher bemessen sich gegenüber dem letzteren der „fürsorgliche“ Vater Staat. Er leistet an Zuschuß

für einen Gymnasialisten	M. 258,45 oder 65 pzt.
für einen Realchüler	129,21 oder 42 „
für einen Bürgerchüler	134,79 oder 56 „
für eine höhere Tochter	50,00 oder 25 „
für einen Volksschüler	16,61 oder 25 „

In fünfzehnjähriger Verneuerung gegenüber dem Volksschüler beträgt also der Staat den Gymnasialisten. Das zeigt trefflich, wie hart noch immer selbst in süddeutschen Staaten die Volksschule an Verachtung gegenüber der höheren Schule zurückfällt. Wie traurig es in dieser Beziehung aber auch in Ost- und Westpreußen sowie in Mecklenburg aussieht, ist hinlänglich bekannt.

Deutschland und die russischen Getreidebesätze.

Die russische Regierung hat die Absicht, in Rußland und Finnland Getreidebesätze einzuführen, aber über die Berechtigung dazu scheinen die maßgebenden russischen Stellen in ihren Anschauungen nicht übereinzustimmen. Der gegenwärtige Handelsminister hat Bedenken geäußert, ob auf Grund des deutsch-russischen Handelsvertrages die sofortige Einführung von Getreidebesätzen Deutschland gegenüber zulässig sei. Demgegenüber erklärt jetzt der frühere Handelsminister Timirjasev, der als langjähriger Finanzattaché bei der russischen Botschaft in Berlin über Fragen der Handelsbeziehungen zu Deutschland im allgemeinen sehr gut unterrichtet ist, die Bedenken seines Nachfolgers seien grundlos, die Einführung eines Getreidebesatzes widerspreche in keiner Weise dem Zollabkommen von 1904. Mit dieser Auffassung befindet sich aber Herr Timirjasev, soweit Rußland in Frage kommt, unvereinbar in einem Artikel. Wahrscheinlich für diese Frage ist der Absatz 3 des Protokolls zum Zusatzvertrag vom Jahre 1904, in dem folgendes ausgedrückt ist: Die russische Regierung wird, bevor sie zur Einführung des Zollbesatzes des Getreides im russischen Finnland in dasjenige des russischen Kaiserreichs übertritt, die deutsche Regierung mindestens zwei Jahre vorher von ihrer beabsichtigten Entscheidung in Kenntnis setzen; zugleich erklärt die russische Regierung, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Einführung der Zollbesätze in Rußland gegenwärtig nicht zulässig sei, bis die russische Regierung die russischen Zollbesätze in Rußland aufheben wird. Diese Bestimmung ist, wie eine offizielle Korrespondenz richtig geltend macht, für die Frage maßgebend. Vereinbarung mit ihr wäre allenfalls für die Befreiung einiger Positionen des finnlandischen Zolls auf die Höhe des russischen bei solchen Zollsätzen, die eine erhebliche Rolle in der russischen Wirtschaft spielen. Bei Zoll und Getreide handelt es sich aber um so wichtige Ausfuhrprodukte, daß die Zulassung der Einfuhr von Getreide aus Rußland in das russische Reich mindestens zwei Jahre vorher anzufragen zu wollen, ihre Umgebung in Anwendung kommen muß. Deutschland führte im Jahre 1912 nach Finnland 513 144 Doppelzentner Roggenmehl, 417 756 Doppelzentner Weizenmehl und 105 606 Doppelzentner Hafer aus. Wenn die Vereinbarung zwischen Deutschland und Rußland in dem Zusatzvertrage überhaupt einen Zweck haben soll, so muß sie in Anwendung kommen auf deutsche Ausfuhrartikel von solcher Bedeutung. Es läßt sich daher annehmen, daß Deutschland gegen die geplante sofortige Einführung solcher Zölle in Finnland Einspruch erheben wird. Die russische Regierung mag die geplanten Zollbesätze für Finnland generell ablehnen, ihre Geltung gegenüber der deutschen Einfuhr wird aber erst nach zwei Jahren in Kraft treten können.

Eine neuerliche offizielle russische Verlautbarung zu der Angelegenheit findet den Kernpunkt der Frage zu verzeichnen. In einigen Wörtern, so heißt es, wurde dem russischen Ministerium des Äußeren bei der Meinung der russisch-deutschen Handelsverträge die Abänderung gewisser Bestimmungen in dem mit Finnland bestehenden Zolltarif. Demgegenüber erklärt das Ministerium des Äußeren, das Recht in Finnland sowohl wie in den anderen Gebieten Rußlands abzuändern, unterliegt nach Gesichtspunkten der von Rußland mit fremden Mächten abgeschlossenen Verträge aus keinem Zweifel. Das stimmt und muß auch deutscherseits anerkannt, aber die einschlägige Zeit darf für die deutsche Einfuhr nicht angetastet werden.

Ein britischer Schatzkammerverband.

Die „Times“ melden: Eine Vereinigung, genannt „Arbeit, geschäft und Wohlstand“, für das Vereinigte Königreich, ist zu dem Zweck gegründet worden, die Einkünfte der Arbeitgeber zusammenzufassen, um die Rechte und Freiheit im Werk mit den Arbeitern der Trade Unions aufrechtzuerhalten; es wird beabsichtigt, ein Verbandsvermögen von 50 Millionen Pfund Sterling zu schaffen.

Ein Arbeitsfonds von einer Milliarde Mark würde allerdings eine Macht bedeuten; vorläufig ist er jedoch nur Projekt. Die englischen Arbeiter werden hoffentlich zeitig die Gegenwirkung betreiben.

Französische Stimmen zum deutschen Parteitag.

Jr. Paris, 24. September. Wie alle Ereignisse in Deutschland, werden in Frankreich auch die Vorgänge innerhalb der sozialdemokratischen Partei Deutschlands lebhaft besprochen. Der Zweck der Werbung ist natürlich die, die Haltung der deutschen Partei gegenüberzuhalten der Haltung der französischen Partei, und das nehmen die bürgerlichen Blätter mit der Wahrheit nicht sehr genau. Wie vorangeführt war, erfährt der Parteitag von Paris eine besondere Behandlung, besser gesagt Mißhandlung. Die deutsche Sozialdemokratische Partei für die Steuern zur Deduktion der Militärausgaben stimmte, wurde das in eine Verwilligung des Militärausgaben umgewandelt. Wenn die bürgerlichen Blätter Frankreichs, so ist das der zunehmenden Haltung der sozialdemokratischen Partei Frankreichs zu danken.

Man kann danach sich vorstellen, wie diese Partei über die Verhandlungen von Paris berichtet. Im nur ein Beispiel über die Aufsätze, ist nach dem „Temps“, einem Blatt, das allerdings unbedeutendste der Auf objektiver Berichterstattung genießt, die Wahl des Genossen Dange zum Präsidenten ein Sieg der Sozialisten. ... Auf diese Kommentare eingegangen, die die völlige Entstellung der einfachen Tatsachen zur Unterlage haben, die wir für Zeitberichterstattung. Wir zitieren heute jedoch nicht die Genossen Dange, sondern die „Humanität“ aus der Feder des Vigen der bürgerlichen Presse treffend erwidert und die Haltung der französischen Kammerfraktion zur Deduktionsfrage festzeichnet. Jours schreibt:

Vor einigen Jahren, vor einigen Monaten sagten unsere

guten Reaktionäre, unsere künftigen Genossen zu Frankreich: „Was kann die für das gemeinsame Werk der europäischen Demokratie und für die Wahrung des Friedens von dieser deutschen Sozialdemokratie erwarten, die sich doch oben in ihre dogmatischen Wollen abspiegelt, aus denen nie ein Aktionsbegriff hervorgeht?“ Sie hat im Deutschen Reich nicht nur seinen politischen Einfluß, sondern sie macht selbst keinen Anspruch, den geringsten Einfluß auszuüben. Sie findet es bequemer, leere Normen zu wiederholen.“ Jetzt, wo die deutsche Sozialdemokratie durch die Wirkung ihrer Organisation und ihrer erhöhten Macht im Gegenteil eine einflussreiche Macht geworden ist, jetzt, wo sie durch ihre Stimmen die Last der Militärausgaben den Reichern auferlegen kann und durch diesen ersten Akt eine stärkere und erweiterte Aktion auf die Angelegenheiten Deutschlands einleitet, läßt sie dieselben Wälder: „die deutsche Sozialdemokratie wird ihren revolutionären Ideal abtrünnig! Sie wird zum Feind der Demokratie.“

Es scheint, als ob die deutschen sozialistischen Abgeordneten, nachdem sie entschieden gegen die Militärausgaben gestimmt, nicht in der Bewertung des Reichstums die einzige Bedingung der Demokratie gesucht hätten, die in ihrer Macht liegt. Als ob sie damit den Herrschenden einen neuen Anlaß des militärischen Wahnsinns nicht erwidert hätten!

Der „Temps“ und das „Journal des Debats“, die diese Abstimmung und die Beschlüsse des Parteitages von Paris zum Vordruck nehmen, um die sozialistische Partei Frankreichs in Gegensatz zu stellen zur sozialistischen Partei Deutschlands, haben sie denn verstanden, daß die Politik der deutschen Sozialdemokratie die Durchführung der gemeinsamen Prinzipien und der gemeinsamen Entschlüsse der deutsch-französischen Manifestes war? Haben sie verstanden, daß auch wir bereit sind, große Opferungen zu machen, um von dem arbeitenden Volke das Gewischt der neuen Steuern fernzuhalten, die das unheimliche Defizit des Reichs, die dreijährige Dienstzeit und der bewaffnete Friede fordern werden? Werden sie auch sagen, daß wir dadurch das Geheiß der dreijährigen Dienstzeit konsolidieren und die Kolonialpolitik ausbilden?

Ab, die Heuchler! Sie möchten gern, daß wir uns in einen rein negativen Protest abspiegeln! Sie möchten gern, daß unsere Enthaltung das Volk der fiskalischen Unterdrückung ausliefere und die großen Verleumdungen von dem Abgeordneten einer fälschlichen Steuer auf das Einkommen, das Kapital und den Vermögenswerten befreite.

Über welche diesen Polemik! Bald fragen sie die französischen oder die deutschen Sozialisten an, in großartiger und lehrer Art über den Wirtschaftskrieg zu schreiben. Bald wieder fragen sie sie an, in den Staub und den Schmutz der Wirtschaft hinanzugehen und da ihr Ideal zu befehlen. In Wahrheit möchten sie, daß der Sozialismus mehr oben noch unten, nicht im Abseits noch im Reinen, nicht im Gedanken noch in der Aktion sei. Zu ihrer Unglück ist er heute mächtig und groß genug, um im täglichen Kampfe zu stehen, ohne seine große Idee zu erniedrigen und zu verkleinern.

Ebenso vermissen unsere Genossen, wenn sie im gleichen Zuge den „Eieg der Missionen“ und die „Niederlage des Generalstreiks“ unterstreichen, daß mehrere der einflussreichsten Führer der „Missionen“ entschiedene Anhänger des Generalstreiks zur Eroberung des politischen Rechts sind. Sie vermissen, daß Kernstein einer der ersten war, der ihn anregte, daß Frankreich auf außerordentlicher Kraft verlebte und daß in der Schlachtreihe einer der besten Präsidenten der Partei unter dem enthuhiatischen Beifall aller Delegierten ausrief: „Wir werden die Wahlkreise haben oder den Marsch!“

Das sind seine leeren Worte. Aber welche Kämpfe wird die deutsche liberale Bourgeoisie liefern, welche Opfer wird sie bringen für die große Sache der Demokratie und der Gerechtigkeit, die das Proletariat so energisch in die Hand nimmt? Das sollten uns der „Temps“ und das „Journal des Debats“ sagen, statt ständig die Aktion der Sozialdemokratie Deutschlands zu verurteilen.

Sie trifft jedes Wort. Denn der Unterschied zwischen der Haltung der deutschen und der französischen Sozialdemokratie besteht darin, daß durch die größere Zersplittertheit der bürgerlichen Parteien, wie auch durch die einen energischeren Widerstand der bürgerlichen Parteien in der deutschen Sozialdemokratie, die Teil der bürgerlichen Parteien in das oppositionelle Lager trieb, die Sozialdemokratie im Lande gewaltig auszuweichen konnte. Dieser verlängerte Widerstand im Lande gewaltig auszuweichen konnte. Dieser verlängerte Widerstand im Lande gewaltig auszuweichen konnte. Dieser verlängerte Widerstand im Lande gewaltig auszuweichen konnte.

Spaniens marokkanisches Abenteuer. Eine Depesche aus Larache an den spanischen Kriegsminister meldet: Bei einem Angriff zweier spanischer Kolonnen auf ein Daz (Zelllager) bei Larache wurde der Feind mit Verlust zurückgedrängt und sich 18 Tote zuzug. Die spanische Artillerie zerstörte mehrere Dazs. Die Spanier verloren zwei Leutnants, fünf eingeborene Soldaten tot und drei Offiziere und 26 Soldaten verwundet.

Im spanischen Volk greift die Unzufriedenheit über den verlustreichen Feldzug um sich und wird immer stärker. Auch das Militär will von dem Abenteuer nichts wissen; der Freiwilligenstrom für Marokko ist seit langem stillgekommen, und bei der Einführung der nach dem Mißgelingen abgezogenen Truppenteile kam es hin und wieder zu bösen Szenen. Menerchids ist es sogar im Leibregiment des Königs zu offenen Meutereien gekommen, in deren Verlauf ein Offizier von der revoltierenden Mannschaft getötet worden ist. Ein größerer Teil des Leibregiments, das von Algerien nach Tetuan eingeschifft werden sollte, widersetzte sich, als die allgemeine Meinung gegen den Dienst in Afrika, hatten die Leute auch sonst Anlaß zur Unzufriedenheit; es handelt sich nämlich um das Regiment, bei dem der „liberale“ Ministerpräsident Romanones die Söhne einflußreicher Madrider Familien von der Teilnahme am afrikanischen Feldzuge für die Ängeln der Abgaben werden, während die Bourgeoisiehöfchen nach wie vor in Madrid das „Garderegiment“ wahren.

Tatsache ist, daß die Empörung über Kreise von den Anhängern bis zu den Radikalen eine unheimliche ist, da man weiß, daß sich in der Kriegslage die Wendung zum Schlimmen hauptsächlich auf das Eingreifen einflussreicher Persönlichkeiten in der Regierung zurückführt, die dabei Privatinteressen in den militärischen und politischen Schwierigkeiten der Situation sehr wohl erkennen, selbst nicht nur aus dem Projekt der Schaffung einer spanisch-französischen Armee, sondern das beweist natürlich in erster Linie eine militärische Entlastung in Marokko erwartet.

Die Unruhen in Albanien.

Von serbischer Seite wird behauptet, die Erhebung der Albaner in den von Serbien besetzten Gebieten habe nicht nationalpolitische Gründe, sondern sei vielmehr auf Unzufriedenheit über die Regelung der Grundeigentumsverhältnisse zurückzuführen. Dagegen wird von anderer Seite erklärt, daß es sich um Gegenstände der Gerechtigkeit, die zum eigentlichen Albanien gehöre, in die aber die Mächte unbedenklich eingegriffen seien. Durch Sperrung der Grausamkeiten gegen die Albaner begangen.

Das serbische Pressebureau veröffentlicht folgendes Communiqué: Die ersten Ergebnisse der albanischen Grenze haben die Regierung gezeugt, daß mit Mitteln zu befehlen, die zum Schutz der von den Albanern angegriffenen serbischen Gebiete geeignet sind. Zu diesem Zweck ist die Mobilisierung der Morawabdivision angeordnet worden. Außerdem sind alle Maßnahmen ergriffen worden, um die Sicherheit in diesen Gebieten aufrecht zu erhalten.

Im Wien liegen angeblich zuverlässige Meldungen vor, daß die serbische Mobilisierung nicht ohne Schwierigkeit vor sich geht infolge der großen Unlust der Reservisten, in einen unheimlich ungemessenen Krieg zu ziehen. Die serbischen Behörden betreiben zwar diese Meldungen, wie sie auch den Krieg in das autonome Albanien verlegen, um nicht zugeben zu müssen, daß ihre Erklärungen von der Regierung der angetasteten Albaner für das serbische Regime auf eine Täuschung Europas berechnet waren.

Wie verlautet, haben die Albaner aus Diklatona bereits genommen und Risend angegriffen. Ihr Sturm auf Risend ist abgeklungen worden, doch glaubt man, daß sie bei der großen strategischen Wichtigkeit Risends weitere Versuche machen werden, sich des Orts zu bemächtigen. Im Süden sind sie nach der Einnahme von Dibra, wo sie sich am Montag verzeichnet, bis Struga und Mitshino vorgegangen. Die Albaner, meldet aus Ljuma in Nordalbanien: Seit vielen Wochen war es hier für jedermann klar, daß es zum Aufstand kommen werde. Als Wolfstein, Wetram Zup und Kija Pen Diklatona haben die Bewegung nicht gefördert, sie wurden von den mitgerissen. Im fe feierten sich die ungeschlagenen Krieger, und aus dem Serbien eroberten Gebiete, die seit Monaten in Albanien aufzusammeln. Jeder brachte neue Erklärungen nachrichten über das Verhalten der serbischen Truppen gegen die Bevölkerung. Aus Dibra, Tetovo und vielen anderen Orten wurde über Grausamkeiten und Morde berichtet. In Prishtina wurden alle albanischen Notablen eingekerkert. In Drenitza wurden,

die Häupter der albanischen Bevölkerung hingerichtet, worauf sich die Einwohner gegen die serbischen Behörden erhoben. Leute aus der Mesta, Diklatona und Dassa wurden auf dem Wege nach Diklatona und Risend wie die Gefangen von den serbischen Soldaten niedergeschossen. Kurz vor Ausbruch des Aufstandes spielte sich folgendes Ereignis ab: Serbische Soldaten griffen zehn Krieger an, die sich nach Risend begeben wollten, und brachten sie vor den serbischen General Schwidowitz. Dieser fuhr den Offizier der Gefangenenkaserne mit den Worten an: „Ich habe Ihnen schon oft gesagt, daß ich keine gefangenen Albaner brauche; ihre Gräber will ich sehen.“ Dieses unerbittliche Vorgehen gegen die Bevölkerung ist die unmittelbare Veranlassung der Erhebung.

Aus Albanien sind Nachrichten eingelaufen, aus denen hervorgeht, daß die Selbstherrschaft Albaniens unter der Oberaufsicht des Sultans verfaßt hat. Eschad Raisha soll dem Präsidenten der vorläufigen Regierung in Diklatona, Jemal Kemal Bei, befohlen haben, das Land sofort zu verlassen.

Die bulgarisch-türkische Friedensverhandlung.

Nach der Mitteilung der Friedenskonferenz erklärten die bulgarischen Delegierten, nur noch Fragen ohne Bedeutung seien zu regeln; der Friedensvertrag würde voraussichtlich am 26. September unterzeichnet.

Vom Bürgerkrieg in Mexiko.

Wie über New York aus Mexiko gemeldet wird, hat die Katholikenpartei den fungierenden Minister des Äußeren, Gamboa, als Kandidaten für die Präsidentschaft aufgestellt und Eugenio Raision als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten. Guerra hat die Kandidaturen gebilligt.

Die Zeitung „Sun“ meldet aus Washington: Präsident Guerra hat mit den fremden Diplomaten Besprechungen eingeleitet, um die ausländischen Forderungen zu regeln, die aus den Unruhen im Verlauf der letzten drei Jahre entstanden sind. Guerra schlägt vor, daß eine internationale Kommission über die Ansprüche entscheiden solle.

Tages-Bericht.

Donnerstag, den 26. September.

Hamburg.

Arbeitslos.

Vor einem großen Restaurant in der Nähe der Alster sitzen in bequemen Stühlen viele vornehm gekleidete Leute. Sie lassen sich von den warmen Straßen der Septembersonne beschmeicheln, plaudern miteinander, trinken oder rauchen ab und zu von den Zigaretten, die vor ihnen auf den goldenen Tischen stehen; manche lauschen der Musik, die gedämpft aus dem Innern des Hauses heraufstößt, die meisten aber sind anscheinend auch dazu viel zu müde, sie können das Gähnen nur mühsam unterdrücken. Stumpf blicken sie auf das Leben der Straße, das tolllos an ihnen vorbeibreit: raddelnde Motoristen, Kofferträger, Kutscher mit Kaffeebüchsen, Verkäuferinnen, Handwerker mit Arbeitsgerät, Bureaubeamte mit Federmappen unter dem Arm — alles in eiliger Bewegung. Die vornehmsten Leute an den Tischen des eleganten Restaurants schauen gelangweilt zu, wie sich das drängt und schiebt und durcheinanderwindet in fortwährendem Wechsel. Ein schweres Leid scheint sie zu bedrücken, wie sie so untätig mitten im geschäftlichen Leben dastehen, überdrüssig der Musik, die mit schmeichlichen Klängen lockt, überdrüssig der Speisen und Getränke, die der Kellner, den sie nur herbeizurufen brauchen, vor ihnen aufstellt, überdrüssig selbst der Eleganz, die sie auf Gegenliebe zur Schau tragen. Und in der Tat bedrückt sie alle ein schweres Leid, das schwerste, das das Menschsein treffen kann: die Arbeitslosigkeit. Denn sie sind alle arbeitslos, die am hellen Tage hier an der Straße sitzen und sich die Sonne auf den Bauch oder den Rücken scheinen lassen. Nichts haben sie zu tun, während alles um sie her um Leben ringt und rennt und kämpft. Nicht die kleinste Verrichtung ist für diese armen Arbeitslosen übriggeblieben. Wollen sie nach Hause, so springt ein Bon herbei und hält für das Auto, beim Fortgehen hilft ihnen der Kellner in die Leberkleber, kommt ihnen sonst ein Bedienter an — selbst am verschwiegensten Ort —, sorgt ein dienstbarer Geist dafür, daß sie sich nicht mehr, als unerlässlich ist, persönlich anstrengen. Sie werden gebürstet, gepuht, und brauchen sich kaum noch selber die Hände zu waschen. Alles besorgen andere für sie, und wenn sie nicht hin und wieder ins gefüllte Portemonnaie greifen möchten, fänden sie selber einfach nichts mehr zu tun. Arbeitslosigkeit im höchsten Grade!

Ein anderes Bild. Draußen in der Elmsbüttelstraße, vor dem Arbeitsnachweis der Eisenindustrie, stehen auch am hellen Tage Scharen von Arbeitslosen. Sie stehen, vermisst, weil die Straße nicht ausreicht würde, wenn alle sitzen müden, weil leicht auch, weil es hier überhaupt an Sitzgelegenheit fehlt. Die Eisenindustriellen halten das Stehen jedenfalls für sehr gesund. Darum lassen sie die Leute, die dort Arbeit suchen, Tag für Tag viele Stunden stehen. Der Hamburger Staat unterstützt diese gesundheitsförderliche Einrichtung, indem er ein Dutzend Schutzleute dabeistehen läßt. Sie müssen dafür sorgen, daß die arbeitssuchenden Leute immer hübsch in Reih und Glied stehen. Das macht den Schutzleuten, die ja alle einmal Unteroffiziere gewesen sind, Spaß, weil es sie in anregender Weise an ihre Dienstzeit in der Kaserne erinnert. Außerdem machen sie sich hier wirklich nützlich. Nicht nur durch Aufrechterhaltung der gegenständlichen Ordnung, ohne die nichts bestehen kann (nicht einmal ein Mahnungsbuch), sondern auch durch menschlich-freundliche Hilfeleistung. Es gibt nämlich unter diesen Arbeitslosen, die sich schon äußerlich sehr unvorstellbar in der Arbeitslosen vor dem vornehmen Restaurant unterscheiden, auffällig viele, die sehr schlecht gekleidet aussehen. Und fast jeden Tag kommt es mehrere Male vor, daß einer vor Hunger umfällt! Dann springt der Schutzmann herbei und fettet den Mann zur nächsten Polizeiwache, wo ihm etwas Nahrungsmittel eingefloßt wird. Es wäre zwar gewiß einfacher, man stelle gleich beim Arbeitsnachweis einige Suppenteller auf oder fange mindestens für das Vorhandensein einiger Hilfsmittel, wie sie der Sanitätsdienst bei jeder großen Menschenansammlung erfordert. Aber das verdrängt wohl nicht mit der Ordnung, die im Polizeistaat unbedingt herrschen muß. Der Verband der Eisenindustriellen besteht durchweg aus sehr humanen, gerechtfertigten Leuten. Sie leisten hervorragendes in Wohlthätigkeit und suchen in jeder Hinsicht ihrer Christenpflicht zu genügen. Darum denken sie auch nicht im entferntesten daran, etwa die am Streit beteiligten gemeinen Werksarbeiter durch Mahnung zu bestrafen. Es ist vielmehr der reine Zufall, wenn ein Arbeitsloser, der nach wochenlangem Harren eine Stelle beim Arbeitsnachweis zugewiesen erhielt, auf der Welt dennoch keine Arbeit erhält! Auffällig ist freilich, daß dieser Zufall sich außerordentlich häufig ereignet, so daß das Meer der Arbeitslosen, das Tag für Tag, vom Morgen bis zum Abend vom ersten Abend vor dem Arbeitsnachweis stehend wartet, nicht kleiner wird. Wenn diese Arbeitslosen dann endlich nach Hause gehen, erwartet sie daheim eine Frau, die mit mühsam erarbeiteten Pfennigen kaum weiß, wie sie den Hunger der Kinder stillen soll; dann gibt es wohl gegenwärtig Vorräte, die das Geld nicht mildern, aber es noch untragbarer machen. So tritt auch hier der Leberdruck ein; Leberdruck an den Familien sorgen, Leberdruck an der immer vergeblichen Arbeitsuche, Leberdruck an den moralischen Grundfragen, die sich mit gefülltem Magen so leicht, mit leerem so schwerlich schwer befragen lassen.

Die verschiedenen Formen der Arbeitslosigkeit in der heutigen Gesellschaft drängen die Frage auf: Warum wird die eine Sorte von Arbeitslosen, die nichts tut, als nur verzeihen, und sich dabei von hinten und vorn bedienen läßt, so rückwärtsvoll respektiert, während die anderen Arbeitslosen, die sich reich bemühen, Arbeit zu bekommen, wie Bettler behandelt werden. Daß die einen Geld und Kredit haben, während die anderen nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, ist ein Erklärungsgrund, den doch nur materialistisch genimmte Sozialdemokraten anführen können. Unter idealistisch genimmten Bürgerum wird ihn nicht gelten lassen. Es wird sich aber auch nicht darauf berufen können, daß dies nun einmal die göttliche

Agitiert für das „Hamburger Echo“.

Johann Joseph Judem mit Elise Sophie Eina Nabme. —
 Friedrich Wilhelm Friedrich Bape mit Adele Maria Wilhelmine Johanna
 mn. — Friedrich Wilhelm Bartels mit Caroline Minna Marie Friel.
 Helm Heinrich Andreas Schund mit Clara Bertha Auguste Sophia
 na Draendorff.
 Hamburg, den 23. September 1918.

